

Haushaltssicherungskonzept der Gemeinde Boitzenburger Land

2021 - 2025

DS 02/2021

Inhaltsverzeichnis

1. Rechtliche Grundlage:	2
2. Haushaltsleitlinien für die zukünftige Planung	12
3. Gesamtübersicht im Rahmen der Finanzplanung	12
4. Zusammenfassende Ergebnisplanung	13
5. Analyse der dauernden Leistungsfähigkeit	14
6. Ergänzende Bemerkungen	14

1. Rechtliche Grundlage:

Gemäß § 63 Abs. 4 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) ist das Ergebnis aus ordentlichen Erträgen und ordentlichen Aufwendungen in jedem Jahr unter Berücksichtigung von Fehlbeträgen aus Vorjahren in Planung und Rechnung auszugleichen.

Es ist ausgeglichen, wenn der Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge die Höhe des Gesamtbetrages der ordentlichen Aufwendungen erreicht oder übersteigt.

Ist ein Ausgleich des ordentlichen Ergebnisses nach Absatz 4 trotz Ausnutzung aller Sparmöglichkeiten und Ausschöpfung aller Ertragsmöglichkeiten sowie nach Verwendung von Rücklagemitteln und von Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses nicht möglich, ist ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen und darin der Zeitraum festzulegen, innerhalb dessen der Haushaltsausgleich wieder erreicht wird. Im Haushaltssicherungskonzept sind die Maßnahmen darzustellen, durch die der im Ergebnishaushalt ausgewiesene Fehlbedarf abgebaut und das Entstehen eines neuen Fehlbedarfs im Ergebnishaushalt künftiger Jahre vermieden wird. Das Haushaltssicherungskonzept dient dem Ziel, im Rahmen einer geordneten Haushaltswirtschaft die künftige dauernde Leistungsfähigkeit der Gemeinde Boitzenburger Land zu erreichen.

Es wird von der Gemeindevertretung beschlossen und bedarf der Genehmigung der Kommunalaufsicht. Die Genehmigung kann unter Bedingungen und mit Auflagen erteilt werden.

Mit dem Beschluss durch die Gemeindevertretung der Gemeinde Boitzenburger Land entsteht eine Selbstbindung an die Spar- und Konsolidierungsmaßnahmen, von denen nicht ohne erneuten Beschluss abgewichen werden darf.

2 Beschreibung der Ausgangslage

Die Gemeinde Boitzenburger Land hat ihre Haushaltsführung im Jahr 2006 auf die Doppik umgestellt.

Die Ergebnisse entwickelten sich wie folgt:

Jahr	ord. Ergebnis in EUR	außerord. Ergebnis in EUR	Einwohner	Gesamtergebnis: EUR/EW
2006	-289.289,59	211.170,58	4.204	-18,58
2007	-397.685,65	-2.495,66	4.052	-98,76
2008	-14.180,36	11.872,05	3.694	-0,62
2009	-48.573,17	9.036,99	3.582	-11,04
2010	-493.099,29	-21.890,97	3.513	-146,59
2011	-134.095,32	-29.492,39	3.402	- 48,08
2012	-130.541,25	-6.419,95	3.378	- 40,55
2013	-205.095,99	14.985,68	3.333	-57,04
2014	-641.643,76	1.257,00	3.269	-195,90
2015	-490,31	444.166,43	3.219	137,84
2016	-625.877,79	25.923,40	3.184	-188,43
2017	-99.571,59	1.998,10	3.165	-30,83
2018	60.565,61	18.428,72	3.107	25,42
2019	79.711,59	23.872,03	3.097	33,45

Hauptanteil an dem sehr schlechten Ergebnis 2014 hat die Ab Bewertung der Kindertagesstätte „Tausendfuß“ in Boitzenburg. Die Neubewertung wurde durch die umfassende Komplettsanierung notwendig und trug mit rund 536 TEUR zusätzlicher Abschreibung wesentlich zur Verschlechterung des ordentlichen Ergebnisses bei (Ergebnis ohne diese = -31,95 EUR/EW). Das sehr schlechte ordentliche Ergebnis 2016 resultiert aus der hohen Zuführung zu den Rückstellungen für Beamte. Diese hohe Zuführung ergab sich aus der vorzeitigen Pensionierung des hauptamtlichen Bürgermeisters zum 30.06.2016. Insgesamt mussten 789,4 TEUR den Pensions-/Beihilferückstellungen zugefügt werden. Ohne diese erhöhten Zuführungen wäre das Ergebnis in 2016 positiv gewesen. Erstmals seit Umstellung auf das doppelte Buchungswesen wurde im Jahr 2018 ein positives ordentliches Ergebnis erzielt. Die positiven außerordentlichen Ergebnisse resultieren aus Grundstücksverkäufen.

Die Gemeinde Boitzenburger Land verlor in den letzten Jahren Einwohner. In den Jahren 2013 bis 2019 betrachtet ist ein relativer Schwund von im Schnitt 34 EW/Jahr zu betrachten. Mit Stand vom 31.12.19 betrug der Negativsaldo 10 EW gegenüber 2018 (Stand 31.12.18). Der Saldo Geburten/Sterbefälle beträgt -39 EW, der Saldo zwischen Weg- und Zuzügen 29 EW. Bei den Zuzügen handelt es sich meist um junge Familien mit Kindern, die sich Häuser in den Ortsteilen unserer Gemeinde kaufen oder neu bauen. Über mehrere Jahre betrachtet ist tendenziell eine Abschwächung des Bevölkerungsrückgangs deutlich erkennbar. Somit sollten auch die negativen Auswirkungen des demografischen Wandels gebremst werden.

In der Bevölkerungsvorausschätzung des Landesamtes für Bauen Wohnen und Verkehr werden für die Gemeinde Boitzenburger Land folgende Einwohnerzahlen angenommen:

2010	2020	2030
3.696	3.235	2.830

Nach derzeitigem Erkenntnisstand wird in 2020 ein leichter Zuwachs an Einwohnern erwartet (ca. 20 mehr als 2019).

Bis zum negativen Ergebnis 2011 war die Gemeinde in der Lage, die Fehlbeträge über die Rücklage aus den Ergebnissen der Vorjahre und dem Vortrag in der Eröffnungsbilanz 2006 auszugleichen. Damit war ein Ausgleich über Ersatzdeckungsmittel gemäß § 63 Abs. 5 BbgKVerf ab dem Jahr 2011 nicht mehr möglich.

Planung

Anhand der mittelfristigen Planung werden sich die Ergebnisse und Fehlbeträge wie folgt entwickeln:

	2020	2021	2022	2023	2024
Ord. Ergebnis	-552.500	-663.000	-39.100	-26.400	59.400
Außerord. Ergebnis	91.700	0	0	0	0
Fehlbetragsvortrag	1.102.025,50	1.562.825,50	2.225.825,50	2.264.925,50	2.291.325,50
Verbleibender Fehlbetrag	1.562.825,50	2.225.825,50	2.264.925,50	2.291.325,50	2.231.925,50

Ein Ausgleich des Ergebnishaushaltes kann unter den derzeitigen Rahmenbedingungen mittelfristig nicht erfolgen. Dabei wurde noch verhalten optimistisch von Steuer- und Zuweisungsanstiegen ausgegangen. Sollte die Entwicklung, wie bis 2024 geplant, anhalten, könnte ein gesetzlicher Haushaltsausgleich, unter Berücksichtigung der Fehlbeträge im **Jahr 2035** möglich sein. Grundlage dafür ist ein jährlicher Überschuss von mindestens 200 TEUR/Jahr. Auf Grund der in den letzten Jahren hohen prozentualen Förderungen für Investitionen (KinvFG, FAG-Mittel und sonstige Förderinstrumente) sinkt die ergebniswirksame Differenz zwischen Abschreibungen und Erträgen aus der Auflösung von Sonderposten. Diese werden sich mit rund 120 TEUR zugunsten des Ergebnisses auswirken. Voraussetzung für diesen Mitnahmeeffekt ist jedoch, dass ab 2021, so wie auch in 2020, keine Investitionen erfolgen, die erneut hohe Aufwendungen für Abschreibungen nach sich ziehen. Die weiteren Ergebnisverbesserungen müssen aus dem laufenden Haushalt kommen.

Gleichfalls wirken sich die abnehmenden Zinsen bzw. günstigere Zinskonditionen für laufende Kredite positiv auf das Ergebnis aus.

Mit dem strukturellen Haushaltsausgleich (Summe der ord. Erträge \geq Summe der ord. Aufwendungen) wird im Jahr 2024 gerechnet.

Ursachen für die entstandenen Fehlbeträge, Konsolidierungsmaßnahmen bisher und zukünftig

Die ehemals eigenständigen 10 Gemeinden (heute Ortsteile) haben seit 1990 erhebliche Investitionen, besonders im kommunalen Wohnungsbau, durchgeführt. Die Finanzierung der Eigenmittel erfolgte in erster Linie über Kommunaldarlehen. Hinzu kamen die auferlegten Altschulden, was zu einer hohen Belastung bereits vor der Gemeindegebietsreform führte. Trotz Tilgungen und Sondertilgungen in den vergangenen Jahren sinkt die Pro/Kopf-Verschuldung nicht wesentlich, da sich hier wieder der Einwohnerrückgang stark bemerkbar macht.

Die meisten Wohnungen des jetzigen OT Boitzenburg wurden in die GeWo GmbH eingebracht, die Kredite konnten jedoch nicht übertragen werden. Somit bedient die GeWo die Kredite, aber Kreditnehmer ist und bleibt die Gemeinde.

Weitere Kredite bestehen außer dem Wohnungsbau noch für das Regenwasserbcken Jakobshagen, ABM-Darlehen (unverzinst), sowie Turnhalle und Schule. Bei dem Schulkredit handelt es sich um ein Förderdarlehen, welches die ersten 10 Jahre unverzinst läuft und danach übernimmt der Fördergeber für weitere 15 Jahre die Zinsen bis zu einer Höhe von 5%. Das ist bereits erfolgt, der Zinssatz liegt derzeit unter 5%.

Die Verschuldung durch Kredite für Investitionen gestaltet sich wie folgt:

Schuldenstand per 31.12. (ohne GeWo)			
Endstand	Jahr	Einwohner	Ergebnis je EW in EUR
3.747.801,06	2011	3.405	1.100,67
3.507.702,83	2012	3.378	1.038,24
3.258.477,49	2013	3.333	977,64
3.006.932,30	2014	3.269	919,83
2.742.424,22	2015	3.219	851,95
2.487.959,32	2016	3.184	781,40
2.227.400,61	2017	3.165	703,76
1.949.456,15	2018	3.107	627,44
1.663.253,91	2019	3.097	537,57
1.398.303,67	2020	3.117 (31.12.20)	448,61

Mit Stand 31.12.2019 betrug die Verschuldung der Gemeinden und Gemeindeverbände im Landkreis Uckermark 524 EUR/EW und im Land Brandenburg 571 EUR/EW. (Quelle: Schulden der öffentlichen Haushalte und der öffentlich bestimmten Fonds, Einrichtungen und Unternehmen im Land Brandenburg am 31.12.2019, 3. korrigierte Auflage)

Durch Umschuldungen und sehr gute Zinskonditionen konnte die Gemeinde Zinseinsparungen erreichen.

Teilweise wurden Sondertilgungen, soweit möglich, durchgeführt.

Zins- und Tilgungsstatistik 2015 bis 2019 und voraussichtlich bis 2024 in EUR (ohne GeWo GmbH)

Jahr	2015	2016	2017	2018	2019
Zinsen	89.742,72	82.167,09	69.360,96	38.850,80	27.341,53
Tilgung	255.819,72	255.488,42	259.341,46	277.944,47	286.202,23

Jahr	2020	2021	2022	2023	2024
Zinsen	22.573,22	20.519,83	18.345,38	14.174,14	10.075,33
Tilgung	264.590,24	237.694,03	202.064,47	200.956,03	178.985,08

Im Jahr 2020 laufen 3 Kredite, im Jahr 2021 ebenfalls 3 Kredite und im Jahr 2022 1 Kredit endgültig aus. Das heißt sie sind dann vollumfänglich getilgt.

Am Ende 2023 sind noch 10 Restdarlehen in Höhe von 757.589,14 vorhanden, wovon 3 im Jahr 2024, 4 im Jahr 2028 und 1 im Jahr 2029 auslaufen. 2 Darlehen mit einem Endbestand von 11.151,05 bleiben über das Jahr 2029 bestehen.

Im Bereich des Forderungsmanagements werden Mahn- und Vollstreckungsarbeiten zeitnah und konsequent durchgeführt. Außenvollstreckungen werden derzeit nicht vorgenommen. Ebenso wird über den Bereich Bürgerservice, sowie den Bereich Kita oft persönlicher Kontakt zu den Bürgern aufgenommen, um säumige Zahler zeitnah zu „erinnern“. Von daher kann auf den Bürgerservice auch nicht verzichtet werden.

Auflistung und Beschreibung konkreter Spar- und Konsolidierungsmaßnahmen

Die angespannte Haushaltslage der Gemeinde zog in der Vergangenheit bereits Sparmaßnahmen nach sich (siehe HSK 2011).

Seit 09.12.2016 hat der neue Bürgermeister seine Tätigkeit begonnen und sich in diesem Rahmen mit der Problematik der Personalstruktur beschäftigt. Mittlerweile gibt es einen Entwurf zum Personalentwicklungskonzept, das mit dem Personalrat besprochen wurde. Der Beschluss durch die GV steht noch aus.

In den nächsten 5 Jahren werden 2 Mitarbeiterinnen in den Ruhestand gehen, der vorgezogenen Ruhestand kommt in diesem Zeitraum für weitere 3 Mitarbeiterinnen in Betracht. Zum Ende 2019 hat eine Mitarbeiterin ihre Arbeit beendet.

In Gesprächen mit dem Personalrat konnte diese Stelle durch Neueinstellung und mit einer entsprechenden Stellenbeschreibung nachbesetzt werden. Ebenso wurde der Auszubildende ab Juli 2019 übernommen und auch dafür erfolgte die entsprechende Stellenbeschreibung und perspektivische Weiterbeschäftigung.

Die Verwaltung hat seit 2013 eine zweigliedrige Ämtergestaltung:

- Ordnungs-/Bauamt, sowie
- Hauptamt/Finanzen.

Die Stelle des Ordnungsamtsleiters wurde nicht neu besetzt. Einspareffekte werden durch Tarifsteigerungen nicht sichtbar wirksam.

Des Weiteren sind auch folgende Aufträge an die Verwaltung gegangen, dessen Umsetzung sich wie folgt gestaltete:

- Regelmäßige Neukalkulation und Beschlussherbeiführung Friedhofsgebührensatzung. Im Jahr 2017 erfolgte dies nach Neukalkulation unter der DS 27/2017 welche durch die GV am 29.11.2017 beschlossen und im Amtsblatt Nr. 13 vom 12.12.2017 bekannt gemacht wurde. In 2019 wurde ebenfalls neu kalkuliert, der Beschluss steht noch aus und wird für Anfang 2020 erwartet.

Entwicklung im Bereich Friedhof				
Jahr	2016	2017	2018	2019
Erträge	9.313,36	10.784,41	10.775,54	10.791,45
Aufwendungen	10.435,21	14.510,90	18.124,96	28.128,30
Ergebnis	-1.121,85	-3.726,49	-7.349,42	-17.336,85

Die Bestattungskultur unterliegt einem Wandel. Immer mehr Bestattungen erfolgen anonym in den Städten und nicht mehr in Erdgräbern auf den dörflichen Friedhöfen. Besonders drastisch ist dies bei der Nutzung der Trauerhallen. Hier erfolgen Bestattungen am Grab, oder die Trauerfeier in der Kirche und es findet keine Feierstunde mehr in der Trauerhalle statt.

- Erarbeiten und Beschlussherbeiführung Satzung zur Zweitwohnsitzsteuer in 2011 (wurde mit DS 49/11 durch die GV am 02.11.11 beschlossen, ab Februar 2012 erfolgte die Umsetzung).

Entwicklung der Zweitwohnungssteuer			
Jahr	2017	2018	2019
Ertrag	46.501,08	45.932,02	59.462,40

- Berechnung und Bescheidversand für Straßenausbaubeiträge, Erschließungsbeiträge etc. innerhalb von 6 Monaten nach Abschluss der beitragspflichtigen Baumaßnahme, derzeit sind alle Maßnahmen auch beitragsstechnisch auf dem Laufenden. Da die Ausbaubeiträge im Land Brandenburg weggefallen sind ergibt sich in nächster Zeit die Frage, wie die Zahlungen des Mehrbelastungsausgleiches zu betrachten sind und wie eventuelle Spitzabrechnungen über welchen Zeitraum zu behandeln sind. Derzeit gibt es dazu noch keine Verwaltungsvorschriften.

-

Mit der DS 45/2019 erfolgt der Beschluss zur Erhöhung der Realsteuern für 2020 (Novembersitzung)

- Erhöhung der Grundsteuer A auf 328 v.H. (ca. 2,9 T€ mehr je Jahr)
- Erhöhung der Grundsteuer B auf 411 v.H. (ca. 5,4 T€ mehr je Jahr)

Entwicklung der Grundsteuern in EUR				
Jahr	2016	2017	2018	2019
Grundsteuer A	104.256,11	108.977,47	113.677,27	107.867,54
Grundsteuer B	355.375,18	345.558,11	365.470,35	368.716,34

Gleichfalls beschlossen wurde in 2013 die Vergnügungssteuersatzung. An Erträgen wurden erst einmal 0,5 TEUR eingeplant, da im Gemeindebereich kaum Veranstaltungen stattfinden, die der Vergnügungssteuer unterliegen. Im Jahr 2014 waren Erträge in Höhe von 80 EUR, im Jahr 2015 und 2016 keine im Jahr 2017 555,84 EUR, im Jahr 2018 530,12 EUR und im Jahr 2019 324,08 EUR an Erträgen zu verzeichnen.

Neben den vorgenannten Ursachen ist die Fehlbetragswirtschaft auch maßgeblich von äußeren Faktoren bestimmt.

Die Einwohnerzahlen nehmen stetig ab. So verlor die Gemeinde im Jahr 2019 (Stand 31.12.2019) 13 Einwohner.

Geburten	Sterbefälle	Saldo	Zuzüge	Wegzüge	Saldo
18	57	-39	153	127	+ 26

Damit verbunden sind neben den wirtschaftlichen Aspekten wie steigender Wohnungsleerstand auch rückläufige Zuschüsse und Zuweisungen. Aber auch die stetig steigenden Personal-, Bewirtschaftungs- und Unterhaltungskosten sowie Umlagen belasten den Haushalt.

Alle im Jahr 2018 und 2019 eingegangenen Mehrerträge ohne Zweckbindung sind zur Reduzierung des Fehlbetrages eingesetzt worden.

Zeitraum, in dem der Haushaltsausgleich erreicht werden kann

Mit dem am **xx.yy.jjjj** gefassten Beschluss zum HSK 2020 durch die Gemeindevertretung bekannte sich diese zur Umsetzung und Kontrolle der Konsolidierungsmaßnahmen und zum Sparwillen.

Im Jahr **2035** kann nach derzeitiger Schätzung der Haushaltsausgleich wieder erreicht werden. Ob eine Beendigung des Haushaltsnotstandes früher möglich ist, wird in erheblichem Maße von der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung, den Finanzausweisungen und der Umsetzung der Konsolidierungsmaßnahmen abhängen.

2. Haushaltsleitlinien für die zukünftige Planung

Die Gemeinde wird die bereits beschlossenen Konsolidierungsmaßnahmen weiterhin durchführen und keine weiteren freiwilligen Aufgaben übernehmen. Die bestehenden freiwilligen Aufgaben werden wertmäßig nicht erhöht.

Konsequente und rechtzeitige Durchsetzung der Forderungen.

Umsichtiges Finanzmanagement im Bereich der Schuldenverwaltung (Überwachung der Zinsentwicklung und Ausnutzen möglicher Vorteile durch Umschuldung).

Stetige Überwachung und Anpassung des Personalbudgets an die vorhandenen Aufgaben.

3. Gesamtübersicht im Rahmen der Finanzplanung

- Der Fertigstellung von begonnenen Investitionen ist Vorrang einzuräumen. Dabei ist stets zu prüfen, ob Einsparungen möglich sind.
- Neue Investitionen können nur im Rahmen verfügbarer investiver Schlüsselzuweisungen, bzw. Ausfinanzierung mit anderen Fördermitteln realisiert werden.
- Wenn Fördermittel beantragt werden, ist zu prüfen, ob der Eigenanteil und die Folgekosten leistbar sind.
- Sofern haushaltsneutrale Investitionen vorgesehen sind, dürfen diese nur begonnen und durchgeführt werden, wenn die Auszahlungen durch geleistete Einzahlungen gedeckt sind.
- Haushaltsreste werden nur in unabweisbaren Fällen gebildet und ansonsten abgesetzt.
- Es erfolgt keine weitere Neuverschuldung. Umschuldungen sind möglich.
- Beiträge die nach dem KAG erhebungspflichtig sind, werden entsprechend den geltenden Satzungen zeitnah erhoben. Das betrifft insbesondere die Erschließungsbeiträge und Grundstückszufahrten
- Zur Vermeidung bzw. Verringerung von Kassenkrediten ist weiterhin auf die rechtzeitige Einziehung von Einzahlungen zu achten. Bei Problemen ist die unverzügliche und konsequente Durchführung von Vollstreckungsverfahren einzuleiten.

4. Zusammenfassende Ergebnisplanung

- Ständiges Anpassen der Steuersätze für Realsteuern an den Landesdurchschnitt
- Kalkulation und Anpassung der Gebührensatzungen alle 2 Jahre
- Beibehaltung des konsequenten Forderungsmanagements (Mahnungen, Vollstreckungen)
- Senkung der Personalkosten durch Optimierung von Arbeitsabläufen und Anpassen der benötigten Wochenarbeitsstunden an das zu bewältigende Arbeitsvolumen
- Ständige Prüfung der Öffnungszeiten der KiTas an den tatsächlichen Bedarf
- Weitere Reduzierung der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen. Insbesondere sollen Absenkungen der Aufwendungen durch Reduzierung der Kosten für Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen in allen Produkten sowie bei der Verkehrssicherheit erreicht werden. Sofern kein unmittelbarer Handlungsbedarf zur Gefahrenabwehr besteht, werden die Maßnahmen zeitlich zurückgestellt.
- Über- und außerplanmäßige Aufwendungen, die sich nicht umgehen lassen, sollen durch Einsparungen bzw. Mehrerträge innerhalb des Produktbereiches ausgeglichen werden.
- Mehrerträge werden konsequent zur Reduzierung des Fehlbetrages eingesetzt
- Verträge, durch die die Gemeinde Boitzenburger Land zu neuen freiwilligen Leistungen verpflichtet wird, dürfen nicht abgeschlossen werden
- Möglichkeiten der interkommunalen Zusammenarbeit zur Verminderung von Aufwendungen und Optimierung des Personaleinsatzes sind zu prüfen.

5. Analyse der dauernden Leistungsfähigkeit

Die Gemeinde Boitzenburger Land ist derzeit nicht dauernd leistungsfähig

Die dauernde Leistungsfähigkeit ist dann gegeben, wenn

- a) der gesetzliche Haushaltsausgleich dauerhaft erreicht wird (wahrscheinlich **2035**)
- b) im Finanzplan die Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit die Höhe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit erreichen (damit wird ab **2022** gerechnet) und
- c) Die Zahlungsüberschüsse aus lfd. Verwaltungstätigkeit im Finanzplan zur ordentlichen Tilgung der Kredite ausreichen.

Erläuterungen zu c)

Im Jahr 2023 ist nach Planung ein Zahlungsmittelüberschuss aus lfd. Verwaltung von 183,5 TEUR zu verzeichnen. Die Tilgung beträgt 311,0 TEUR. Somit würde sich eine Differenz von 127,5 TEUR ergeben. Berücksichtigt man die Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit in Höhe von 110,0 TEUR * (Einzahlungen aus weitergeleiteten Krediten an die GeWo für Tilgung der dazugehörigen Kredite), dann ist ein Defizit in Höhe von 17,5 TEUR zu verzeichnen.

* Bei dieser Position handelt es sich nicht um „echte“ Zahlungsmittelbewegungen, sondern nur um Buchungen, die dem Zweck der richtigen Kreditdarstellung/-entwicklung zur Statistik dienen.

6. Ergänzende Bemerkungen

Da der gesetzliche Haushaltsausgleich den mittelfristigen Planungszeitraum überschreitet sollen hier noch einige ergänzende Punkte aufgezählt werden:

Die Gemeinde hat mit Vorlage des Haushaltssicherungskonzeptes einen überragenden Konsolidierungswillen nachzuweisen. Das betrifft besonders folgende Sachverhalte:

- a) Permanente und nachgewiesene Durchführung einer flächendeckenden Aufgabenkritik und Überprüfung der Art der Aufgabenerledigung, dabei ist insbesondere auf die Überprüfung und Reduzierung von Standards sowie die Überprüfung der Aufgabenerledigung einzugehen.

Es wurden bereits in den letzten Jahren eigentlich nur noch die Aufgaben erledigt, zu der die Kommune verpflichtet ist. Einzige Ausnahme ist der Bereich Bürgerservice. Hier können die Bürger der Gemeinde diverse Anträge für andere Institutionen (Bsp:

Hartz IV, Bildung und Teilhabe, GEZ-Befreiung, Kostenübernahmen usw) stellen, die dann von den Verwaltungsmitarbeitern weitergeleitet werden.

Damit wird nicht nur eine bürgerfreundliche Verwaltung gelebt, sondern es hat auch den positiven Aspekt der Sicherung der Einnahmen der Gemeinde.

Zum ersten ist dies der direkte Kontakt zum Bürger und damit auch persönliche Ansprechbereitschaft. Durch termingerechte Antragsstellungen verringern sich Liquiditätsausfälle, sowohl wert- als auch zeitmäßig, beispielsweise im Bereich von Kita-Gebühren, Essengeld, Mietzahlungen.

Ebenso verringern sich fremde Amtshilfeersuchen zum Beispiel aus dem Rundfunkgebührenbereich. Damit sind weniger Vollstreckungsaufträge zu erledigen, welche aufgrund der persönlichen Situation der sozial schwachen, betroffenen Bürger in der Regel nicht erfolgreich verlaufen.

Das Überprüfen und die Reduzierung von Standards ist bereits auf mehreren Gebieten erfolgt. Als Beispiel soll hier die Straßenunterhaltung und der Winterdienst genannt werden. Durch die Einteilung in verschiedene Straßenkategorien wird ein unterschiedlicher Standard auf den einzelnen Verkehrswegen gehalten. Eine Prüfung der Nutzung verschiedener Straßen und unbefestigter Wege im Gemeindegebiet erfolgt regelmäßig. Dies führt teilweise zur Entwidmung und damit verbundenem Wegfall des jährlichen Unterhaltungsaufwandes.

b) Reduzierung des Gesamtbetrages der ordentlichen Aufwendungen um einen jährlich festzulegenden Prozentsatz des Vorjahresbetrages:

Dort sind derzeit keine Konsolidierungsmöglichkeiten mehr zu sehen, da die Gemeinde Boitzenburger Land seit Jahren im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung nur noch Aufwendungen zu leisten hat, zu denen sie rechtlich verpflichtet ist, bzw. die für die Weiterführung des Geschäftsbetriebes unabweisbar sind.

c) deutliche Senkung der Personalaufwendungen um einen jährlich festzulegenden Prozentsatz des Vorjahresbetrages:

Auch hier ist keine Konsolidierung mehr möglich, da der Personalbestand in der Kernverwaltung bereits geschrumpft ist. Neueinstellungen erfolgten nur für ausgeschiedene Mitarbeiter, bzw. für Arbeiten, die bisher nicht oder nur mit erheblichen Überstundenaufwand bei anderen Mitarbeitern geleistet wurden.

Im Bereich der Kindertagesstätten wird die Arbeitszeit regelmäßig an die Belegung der Plätze und die Vorgaben des KiTa-Gesetzes angepasst.

d) Erarbeitung einer Personalentwicklungskonzeption (einschließlich Personalbedarf- und Stellenentwicklungsplanung):

Auf diese Thematik wurde bereits eingegangen.

e) Begrenzung der freiwilligen Leistungen auf einen festzulegenden Prozentsatz des Gesamtbetrages der Erträge aus laufender Verwaltungstätigkeit:

An freiwilligen Leistungen sind hier die Vereins- und Sportförderung, sowie die Zuschüsse für Angelegenheiten der Ortsbeiräte zu sehen.

Für die Vereins- und Sportförderung wurde mit dem Jahr 2011 ein Gesamtbetrag in Höhe von 10 TEUR festgelegt, dessen Aufteilung an die Antragsteller dem Kulturausschuss der Gemeinde Boitzenburger Land obliegt. Die Vereine/Sportgruppen haben bei Abruf der Mittel die zweckentsprechende Verwendung nachzuweisen (Rechnungen).

Für die Ortsteile beträgt die Gesamtsumme 18 TEUR und wurde auf der Basis der EW-Zahlen per 31.12.2009 mit 5 EUR/EW „eingefroren“.

Durchschnittsberechnung der Erträge aus laufender Verwaltungstätigkeit (Kontengruppe 40 und 41) der letzten 3 abgeschlossenen Jahre in EUR

2017	4.964.828,30	
2018	4.874.169,84	
2019	5.347.554,82	5.062.184,32EUR/Jahr (Durchschnitt)

Aufrechnung freiwillige Mittel:

10.000 EUR + 18.000 EUR + rund 2.500 EUR Gemeindehäuser + 72.600 EUR Museum + 3.600 EUR kulturelle Großveranstaltungen + 1.600 EUR Förderung Kirchen + 14.300 EUR für die Unterhaltung aller Badstellen + 7.100 EUR Tourismus
= 129.700 EUR

Insgesamt entspricht dies rund 2,56 % des Gesamtbetrages der durchschnittlichen Erträge aus laufender Verwaltungstätigkeit in den Kontengruppen 40 + 41. Nach Interpolation gemäß RLBBABbgFAG vom 10.04.2017 sind 2,57 % (130.098,14 EUR) zulässig.

Die Gemeindehäuser stellen einen Verbrauch an freiwilligen Mitteln dar.

Im OT Berkholz übernahm vor Jahren der Kulturverein die Liegenschaft inklusive Gebäude mittels Pachtvertrag und kommt vollständig für den Unterhalt und die Betriebskosten auf. Der OT Boitzenburg verfügt über kein Gemeindehaus. Im OT Buchenhain wurde der Verkauf beschlossen und es wird auf Grund der guten Lage mit einem zügigen Verkauf gerechnet. Im OT Funkenhagen übernahm der Kulturverein den Kunsthandwerkerhof und betreibt diesen auf eigene Kosten. Die Gemeinde erhält dafür eine jährliche Pacht. Der OT Hardenbeck hat kein Gemeindehaus, sondern ein Gebäude, welches durch KiTa und FFW genutzt wird. Im OT Klausshagen gibt es ebenfalls eine Mehrfachnutzung durch Gemeinde und FFW. Kosten der letzten 3 Jahre bei Annahme eines rein durch den OT genutzten 50% Anteil = 2.329,43 EUR. Im OT Jakobshagen erfolgte die Übergabe des Gemeindehauses an den örtlichen Verein analog zu Berkholz ab 01.05.2018. Der OT Warthe hat kein Gemeindehaus. Im OT Wichmannsdorf waren im Gemeindehaus bis 2015 2 Wohnungen vermietet, die ehemalige KiTa an den Sportverein verpachtet und weitere Räume werden durch

den Landschaftspflegeverein gemietet. Sowohl in Wichmannsdorf, als auch in Buchenhain besteht die Absicht die beiden Gebäude zu veräußern. Entsprechende Beschlussfassungen standen für das Jahr 2019 an. Der Beschluss für Wichmannsdorf wurde gefasst und der Verkauf ist vorbereitet. Hier wird mit einem Verkauf (Interesse und Angebot liegen vor) in der ersten Jahreshälfte 2020 gerechnet. Ebenso kam der Beschluss für Buchenhain zustande. Im OT Haßleben sind über 70% der Fläche an die Kommunale Entwicklungsgesellschaft vermietet und im Rest ist zum größten Teil die FFW samt Gerätehalle untergebracht.

Museum, Badegewässer und Tourismus stellen einen wichtigen Bestandteil zur Förderung des Tourismus und der Attraktivität der Gemeinde dar.

f) Anhebung der Hebesätze der Realsteuern (mindestens auf den gewogenen Durchschnittshebesatz des vorvergangenen Jahres der jeweiligen Gemeindegrößenklasse):

Das ist mittels Hebesatzsatzungen regelmäßig und rechtzeitig (zuletzt in 2019) erfolgt

g) deutliche Reduzierung des Zuschussbedarfes der gebührenfinanzierten öffentlichen Einrichtungen um einen festzulegenden Prozentsatz des vorvergangenen Jahres:

Bei den Kindertagesstätten erhöhte sich der Zuschuss durch die Absenkung der kreislichen Pauschale für das pädagogisch notwendige Personal und der veränderten Betreuungsschlüssel, sowie durch die Tarifsteigerungen und das vom Landtag verabschiedete „Gute KiTa-Gesetz“.

Das Museum „Klostermühle“ ist ein Magnet für den Tourismus und wird seit Jahren „auf Verschleiß“ gefahren. Es werden nur die notwendigsten Instandsetzungsarbeiten durchgeführt. Eine Gebührenerhöhung wurde 2016 wurde beschlossen.

Die Anpassung der Friedhofsgebühren ist in 2017 erfolgt, hatte aber den Nebeneffekt das weniger Bestattungen in der Gemeinde erfolgen. Der Trend hin zu anonymen Bestattungsfeldern in den Städten wird spürbar. Trauerhallen werden nicht mehr genutzt, sondern es erfolgen Trauerreden unter freiem Himmel. Grabstellen werden nach Ablauf der vorgegebenen Liegefrist nicht nachgekauft. In 2019 erfolgte die neue Kalkulation, Beschlussfassung dazu Anfang 2020.

In den vorgenannten Fällen ist eine weitere Reduzierung der Zuschüsse nicht möglich.

h) Ausgliederung von Aufgaben erfolgen nur, soweit die dadurch entstehenden Aufwendungen deutlich unter den durch die Ausgliederung eingesparten Personal- und Sachaufwendungen liegen

In der Gemeinde Boitzenburger Land sind in den letzten Jahren keine Aufgaben ausgegliedert worden.

i) Deckungsreserven für über- und außerplanmäßige Aufwendungen sind nicht im Plan ausgewiesen; die Deckung erfolgt in der Regel nur durch Einsparungen an anderer Stelle. Sind Einsparungen an anderer Stelle nicht direkt zuzuordnen, erfolgt die Deckung im Rahmen des Gesamthaushaltes.

j) Einsatz von Mehrerträgen für die Reduzierung des Fehlbetrages.

Das erfolgt konsequent, sofern diese nicht im Rahmen der Gesamtdeckung für außergewöhnliche Mehraufwendungen (Bsp: erhöhter Aufwand für Winterdienst) benötigt werden.

k) Ausschöpfung der gesetzlich zugelassenen Möglichkeiten für die Erhebung von örtlichen Steuern, Gebühren und Abgaben.

Das ist über Jahre in der Gemeinde Boitzenburger Land konsequent umgesetzt worden. Im Jahr 2013 wurde noch die Vergnügungssteuersatzung beschlossen.

Eine Feuerwehrgebührensatzung wurde im Jahr 2016 beschlossen und brachte im Zeitraum von August bis Dezember 2016 Erträge in Höhe von rund 3.100 Euro, im Jahr 2017 838,40 EUR, in 2018 7.156,25 EUR und in 2019 voraussichtlich ca. 2,6 TEUR.

Für die Nutzung gemeindeeigener Räumlichkeiten und Inanspruchnahme gemeindlicher Dienstleistungen, die nicht gebührenbefreit sind, werden entsprechende Gebühren nach den derzeit geltenden Satzungen erhoben.

l) Beiträge, die nach dem Kommunalabgabengesetz Brandenburg (KAG) erhebungspflichtig sind, werden unter Beachtung der Kostendeckungspflicht erhoben.

Das betrifft in der Gemeinde Boitzenburger Land in erster Linie Erschließungsbeiträge (derzeit keine Maßnahmen) und Grundstückszufahrten (derzeit OT Klausahagen). Die entsprechenden Bescheide werden auf Grund personeller Umstrukturierungen wieder zeitnah erstellt.

m) Ausschöpfung aller sonstigen Einnahmemöglichkeiten; insbesondere aus Vermietung und Verpachtung und aus Gewinnabführung:

Im Bereich der Vermietung und Verpachtung werden alle Ertragsmöglichkeiten ausgeschöpft. Leider stehen viele gemeindeeigene Objekte leer. Das betrifft sowohl Wohnungen, als auch gewerblich zu nutzende Objekte. Da dort nichts investiert wurde (aufgrund der Haushaltslage) sinkt die Chance der Vermietbarkeit immer weiter.

Alle landwirtschaftlich nutzbaren Acker-/Grünflächen sind verpachtet. Der Pachtzins wird regelmäßig den örtlichen Gegebenheiten angepasst.

Beteiligungen der Gemeinde bestehen im Bereich Wohnungen, Wasser und Abwasser, sowie Arbeitsfördermaßnahmen.

Eine Gewinnabschöpfung im Bereich Wasser und Abwasser ist wegen der Kalkulation nach dem KAG (Kostendeckung) nicht möglich. Im Bereich der Wohnungen ist

dieses aufgrund des relativ hohen Leerstandes, des Investitionsstaus und der doch erheblichen Kreditlasten ebenfalls nicht möglich, ohne den Geschäftsbetrieb in seiner Gesamtheit ernsthaft zu gefährden. Bei den Arbeitsfördermaßnahmen ist auch keine Abschöpfung möglich, da es hier eher zu Verlusten, denn zu geringen Gewinnen kommt.

n) restriktive Handhabung von Mittelübertragungen bzw. Planfortschreibungen nach § 24 Abs. 1 KomHKV für Aufwendungen im Bereich der laufenden Verwaltungstätigkeit

Hier erfolgen in der Gemeinde Boitzenburger Land nur Übertragungen für bereits ausgelöste, aber noch nicht abgearbeitete Aufwendungen, bzw. für mit Erträgen gekoppelte zweckgebundene Aufwendungen (Bsp: Schulsozialfonds).

Im Bereich der Auszahlungen werden Auszahlungsansätze in Höhe der bereits zum Jahresende bestehenden Verbindlichkeiten vorgetragen.

Gleiches gilt für den Finanzhaushalt.

o) Überprüfung begonnener Investitionsmaßnahmen dahingehend, ob durch zeitliche Streckung Einsparungen möglich sind; noch nicht begonnene Maßnahmen werden zurückgestellt, es sei denn, dass ihre Durchführung auf einer Rechtspflicht (behördliche Auflagen) beruht:

Aufgrund der Haushaltssituation können Investitionen nur unter folgenden Bedingungen durchgeführt werden:

- Ausfinanzierung durch Fördermittel und weitere Investitionszuweisungen (Bsp. FAG)
- Umsetzung rechtlicher Verpflichtungen (Brandschutz: Digitalfunk, Einsatztechnik)
- Investitionen, die unabdingbar für den Geschäftsablauf sind (Bsp: IT-Technik wegen Inkompatibilität mit den Softwareanwendungen, Ersatzbeschaffungen wegen Verschleiß in allen Bereichen)

p) Untersuchung des vorhandenen Vermögens daraufhin, inwieweit dieses für öffentliche Zwecke noch benötigt wird; soweit dies nicht der Fall und eine Veräußerung wirtschaftlich sinnvoll ist, soll das Vermögen veräußert werden:

Die Gemeinde Boitzenburger Land hat in den letzten Jahren nicht benötigtes Vermögen veräußert und bietet auch weiterhin an. Leider sind viele Gebäude mittlerweile nicht mehr zu vermarkten, bzw. finden sich keine Interessenten die sich in der Gemeinde ansiedeln möchten und bereit sind hier zu investieren. Teilweise sind es auch politische Entscheidungen, die Veräußerungen entgegenstehen, wie zum Beispiel die Schaffung eines Busknotenpunktes im OT Haßleben für den ÖPNV.

q) Einrichtung/Optimierung eines Forderungsmanagements zum Abbau offener Forderungen

Wie bereits schon erwähnt wird das Forderungsmanagement intensiv betrieben und die Ergebnisse der letzten Jahre sind gut. Leider wird es in Zukunft immer schwieriger werden in einer sozial eher unterprivilegierten Region Forderungen mit Zwangsmaßnahmen beizutreiben. Die Zahl der Privatinsolvenzen und Abgaben von eidesstattlichen Versicherungen (Vermögensauskunft) nimmt zu.